

## Antrag an den Landesrat

Antragsstellerinnen und Antragssteller:

Christian Leye  
Jules El-Khatib  
Hans Decruppe  
Igor Gvozden  
Christiane Tenbenschel  
Fotis Matentzoglou

Die Linke. NRW führt im Frühjahr 2020 eine große gewerkschaftspolitische Konferenz mit dem Titel „Der Kampf gegen Deindustrialisierung und prekäre Beschäftigung – Für gute Arbeit und eine zukunftsfähige Industriepolitik in NRW“ durch. Ziel ist der Dialog mit Gewerkschaften und der Austausch mit aktiven Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern über die Themen Deindustrialisierung, Strukturwandel, Arbeitskämpfe, Leiharbeit und Befristung. Wir möchten herausarbeiten, wie Die Linke. NRW kämpfende Betroffene, Belegschaften und ihre Gewerkschaften solidarisch unterstützen kann. Um die Konferenz zu einem Erfolg für den Landesverband zu machen, möchten wir ab Herbst mit unseren Genossinnen und Genossen in den Kreisverbänden regelmäßig vor Betrieben, Leiharbeitsunternehmen und Jobcentern die Konferenz bewerben und Betroffene direkt mobilisieren.

Begründung:

### Der Ist-Zustand in NRW

Die kapitalistischen Entwicklungen und ihre Begleitung durch neoliberale Politik haben in Nordrhein-Westfalen verheerende Spuren in der Gesellschaft hinterlassen. Ehemalige Industrielle Zentren wie das Ruhrgebiet, aber auch die Aachener Städtereion oder das Bergische Land sind seit Jahren in einer Abwärtsspirale gefangen.

Seit dem Jahr 2008 sind knapp 130 000 Industriearbeitsplätze in NRW weggebrochen. Auch für die Zukunft sieht es in NRW nicht rosig aus: Thyssenkrupp kündigte nach der geplatzten Aufteilung des Konzerns in einen Werkstoff- und einen Industriegesellschaft den Abbau von 6000 Stellen an, Bayer plant bis 2021 bis zu 12 000 Stellen zu streichen und bei einem Einstieg von Eon bei Innogy stehen Schätzungen zufolge bis zu 5000 Stellen auf dem Spiel.

Dabei gilt häufig: wenn industrielle Kernarbeitsplätze wegfallen, sind oft auch industrielle Zulieferbetriebe betroffen, sowie weitere Arbeitsplätze etwa in lokalen Dienstleistungsbetrieben. Für die Betroffenen wie beispielsweise bei Opel Bochum, bei Nokia und bei Borgers bedeutet das konkret den Verlust eines bis dahin häufig sicheren und in der Regel relativ gut bezahlten Arbeitsplatzes, ohne dass es in der Region eine Chance auf gleichwertige Arbeitsverhältnisse gibt. Ähnliche Entwicklungen drohen durch den anstehenden und notwendigen Strukturwandel auch auf das rheinische Braunkohlerevier zuzukommen.

Während Industriearbeitsplätze in NRW abgebaut wurden, blühten in den letzten Jahren unsichere Beschäftigungsverhältnisse auf. Die neoliberalen Reformen und insbesondere die Agenda 2010 haben zur Folge, dass heute jeder Fünfte in NRW atypisch beschäftigt ist – spricht in Leiharbeit, in einem befristeten und unsicheren Arbeitsverhältnis, in Mini- oder Teilzeitjobs arbeiten muss.

Parallel zu dieser Entwicklung steigt die Zahl der Unternehmen, die etwa im Einzelhandel aus der Tarifbindung aussteigen und dadurch ihre Branchen durch Dumpinglöhne unter Druck setzen und ihre Beschäftigten massiv erpressen. Die Drohung, nach einer Entlassung mit Hartz IV rechnen zu müssen, hat die Kampfkraft der Belegschaften und Gewerkschaften nachhaltig beschädigt.

Als Folge des verschlechterten Kräfteverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit stieg die soziale Ungleichheit auch in Nordrhein-Westfalen: während die Armut in NRW jahrelang doppelt so schnell wuchs wie im Rest von Deutschland und im Ruhrgebiet heute jeder fünfte von Armut betroffen ist, leben in NRW mehr Millionäre als im reichen Bayern.

Was tun?!

Seit Jahren verliert unsere Partei Zustimmung bei prekär Beschäftigten, bei Erwerbslosen, bei Niedriglöhnern und von Einkommensarmut besonders Betroffenen. Diese Entwicklung dürfen wir nicht hinnehmen. Politisch ist es die Aufgabe einer sozialistischen Partei, gesellschaftliche Bedingungen für ein gutes Leben der Menschen zu schaffen, Widerstand gegen Arbeitsplatzvernichtung und Sozialabbau zu leisten, soziale Sicherheit und gute Arbeit zu erkämpfen und dabei insbesondere die Interessen jener Menschen wahrzunehmen, die von Niedriglöhnen, Erwerbslosigkeit, unsicherer Beschäftigung und Armut betroffen sind. Dies geht nur gemeinsam mit den Gewerkschaften, den größten und gesellschaftlich wichtigsten Organisationen zur Interessenvertretung der Arbeitnehmer\*innen. Deshalb sind der Dialog und die solidarische Kooperation mit den Gewerkschaften zentrale Aufgabe einer linken Partei.

Die Linke ist zudem die einzige Partei, welche den Betroffenen politische Angebote außerhalb des neoliberalen Mainstreams macht. Für eine bessere Verankerung der Linken in diesem Teil der Bevölkerung gibt es keine einfachen Antworten, wir werden uns als Partei gemeinsam auf den Weg machen müssen. Als klassenorientierte Partei ist es notwendig, in den Betrieben und den betrieblichen Interessenvertretungen anerkannt und vertreten zu sein. Mitglieder, die sich dort und in den Gewerkschaften engagieren, müssen durch den Landesverband qualifiziert und unterstützt werden, wie andererseits DIE LINKE von deren Erfahrungen in den betrieblichen und gewerkschaftlichen Kämpfen nur profitieren kann.

Die im nächsten Jahr im September anstehenden Kommunalwahlen in NRW bieten eine große Chance, DIE LINKE vor Ort als ernstzunehmende gesellschaftsverändernde Kraft weiter zu verankern und zu entwickeln. Hierzu bedarf es vor allem eines interessenorientierten politischen Ansatzes. Die unmittelbaren sozialen Lebensinteressen vor Ort, d.h. die Wohn-, Verkehrs-, Bildungs-, Umwelt- und vor allem auch die Arbeitsbedingungen müssen unser zentrales Anliegen sein. Das muss in den Wahlprogrammen und dem personellen Angebot, durch unsere Kandidatinnen und Kandidaten, deutlich werden.

Die gewerkschaftspolitische Konferenz dient vor diesem Hintergrund dazu, auf einem zentralen Feld linker Politik aktuelle industrie- und wirtschaftspolitische Fragen von links aufzugreifen, die viele Menschen in Nordrhein-Westfalen direkt betreffen.

Aber auch die Zeit der Bewerbung der Konferenz wollen wir nutzen, um mit unseren Genossinnen und Genossen dorthin zu gehen, wo eine linke Partei hingehört: vor die Werkstore, die Jobcenter und die Leiharbeitsunternehmen. Wir möchten mit Betroffenen ins Gespräch kommen, sie zum Dialog einladen und uns ihre Sicht auf die politischen Probleme anhören. Und: Wir möchten dies als Partei geschlossen tun.